

BEG beruft sich auf Vertrag

Dass einige Haushalte längst eine Gelbe Tonne besitzen, spielte beim Systemwechsel offenbar keine Rolle

Von Kai Koppe

CUXHAVEN. Man habe lediglich den Vorgaben des Auftraggebers entsprochen und flächendeckend eine Alternative zum Gelben Sack eingeführt. So rechtfertigt sich die Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft (BEG) in der Debatte um Versäumnisse bei der Zuteilung der neuen Behälter: Bürger, die sich in Vorjahren eigenständig eine Gelbe Tonne angeschafft hatten, sollen jene nun nicht mehr benutzen dürfen.

Im Rats-Ausschuss für Technische Dienste machte BEG-Geschäftsführer Addissou Lothar Makonnen am vergangenen Montag klar, dass sein Haus nur das ausgeführt habe, was der Auftraggeber von seinem Unternehmen verlangt habe. Cuxhavener Haushalte mit Gelben Tonnen auszurüsten, soll eine Order gewesen sein, die eines der Dualen Systeme erteilte - und nicht etwa die hiesige Stadtverwaltung.

Pauschalaussage bei Vergabe

Gleichwohl will die Kommune auf einen Bestand an privat beschafften Sammelbehältern hingewiesen haben, und nachdem die BEG vor Ort seit rund drei Jahren das Abfuhrgeschäft betreibt, hätten ihr die örtlichen Verhältnisse durchaus bekannt sein können. Trotzdem berief sich der via Webcam zugeschaltete Entsorger am Montag strikt auf den Ausschreibungstext. Darin soll eine Mischsituation nicht thematisiert worden sein. Ganz im Gegenteil, so die BEG sinngemäß: Bei der Vergabe habe es geheißen, dass Verpackungsabfälle im Stadtgebiet bis dato in Gelben Säcken gesammelt worden seien. „Die Ausschreibung sah vor, Tonnen aufzustellen, wir müssen des-



Neue Gelbe Tonnen wurden im Stadtgebiet auch an Haushalte ausgegeben, die bereits feste Sammelbehälter besaßen. Warum jene nicht weiterbenutzt werden dürfen, leuchtet kaum jemandem ein.

Foto: Koppe

halb vertragsgemäß verfahren“, betonte der BEG-Geschäftsführer und wies – die Frage nach etwaigen Ausnahmen beantwortend – lediglich auf vertraglich vereinbarte Sonderregelungen bezüglich der Behältergrößen hin. Unter anderem sei festgelegt worden, dass Mehrfamilienhäuser mit mehr als 20 Parteien statt der üblichen 240 Liter-Tonne optional einen 1,1 Kubikmeter-Behälter erhalten könnten.

Frank Püchel, BEG-Niederlassungsleiter, sprach davon, dass in Wohnanlagen – „ähnlich wie bei der Biotonne“ – die Möglichkeit bestanden habe, sich eine Gelbe Tonne mit den Nachbarn zu teilen. „Wir brauchen dafür aber“, betonte Püchel, „die Rückmeldungen der Eigentümer“: Resonanz, die der Vertragsnehmer BEG bislang vermisst haben will. Im Namen seines Unternehmens zeigte sich Püchel allerdings dazu

bereit, „zu viel aufgestellte Tonnen zurückzunehmen“. Mit dem Ziel, die Gesamtzahl der Müllbehälter, die sich durch die parallel erfolgende Auslieferung der Biotonnen erhöht, zu verringern.

Mieter hätten ihren individuellen Tonnen-Bedarf womöglich deswegen nicht kommuniziert, weil sie das Abfallgeschehen bisher als Sache ihres Vermieters begriffen: Das vermutete jedenfalls Anton Werner Grunert (AfD); die Stadtverwaltung entgegnete (auf das Thema Biotonne bezogen) dass es eben jene Eigentümer und Hausverwaltungen gewesen seien, die zwecks Bedarfsermittlung angeschrieben worden seien.

Unruhe unter Bürgern

„Ich weiß unter anderem von der Siedlung, dass es dort gut geklappt hat mit der Biotonne“, meldete sich Michael Stobbe zu Wort: Für den SPD-Ratsherren ist es nach wie vor nicht nachvollziehbar, dass in Haushalten vorhandene Gelbe Tonnen angeblich nicht mehr benutzt werden können. „Warum geht das nicht?“, hakte Stobbe mehrfach nach. Er sprach von Ressourcenverschwendung und von einer „Riesen-Unruhe in der Bevölkerung“. Grünen-Ratsherr Robert Babacé nannte den Vorgang ein „Ärgernis“ – gerade weil die Ratspolitik schon im Vorfeld auf sie Sache mit den teils schon vorhandenen Wertstoffbehältern hingewiesen hatte. „Lieber zu viel als zu wenig“, argumentiert hingegen die BEG, deren Geschäftsführer am Montag auf die Möglichkeit hinwies, dass ein Entsorgungsfahrzeug bei der Leerung die gesamte Tonne „verschluckt“. Sollte dieser Fall eintreten, sei es „gut, wenn es klare Verhältnisse gibt“, sagte Makonnen auf Eigentums- und Haftungsfragen bezogen.